



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage Nr.: 2013/0776

Veranlasser / Verursacher:

Datum: 04.06.2013

Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Aktenzeichen:

Antrag

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.05.2013 betr. „Gemeinsam mit Kommunen und Bürgern auf dem Weg zur Region Kassel,,

Beratungsfolge:

Gremium	am	Top	Status
Haupt- und Finanzausschuss	01.07.2013		öffentlich
Kreistag	03.07.2013		öffentlich

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, seine Verhandlungen mit der Hessischen Landesregierung zur Bildung einer Region Kassel vorerst einzustellen. Nach den Hessischen Landtagswahlen am 22. September 2013 sind die Verhandlungen mit der neu gebildeten Hessischen Landesregierung umgehend wieder aufzunehmen.

Die mit Schreiben vom 23. April 2013 vom Hessischen Ministerpräsidenten übersandten „offenen Fragen“ der Fachabteilungen des Wirtschafts-, Finanz- und Innenministeriums sollen von der vom Geschäftsführer des Zweckverbands Raum Kassel geleiteten Arbeitsgruppe aus Vertretern von Stadt und Landkreis Kassel bewertet werden. Das Ergebnis dieser Bewertung ist dem Kreistag zur Information vorzulegen.

Außerdem wird der Zweckverband auf der Basis des Beschlusses des Kreistages vom 20. Mai 2009 ein Konzept für eine repräsentative Bürgerbeteiligung entwickeln, die den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit geben soll, ihre Fragen, Anregungen und Kritikpunkte zur Bildung der Region Kassel einzubringen. Das Ergebnis dieses Dialoges soll in den Entscheidungsprozess der Gremien von Stadt und Landkreis einbezogen werden.

Begründung:

Obwohl die Gremien von Stadt und Landkreis Kassel mit einer sehr großen Mehrheit Beschlüsse zur Bildung einer Region Kassel gefasst haben, wird dies von der derzeitigen

Hessischen Landesregierung blockiert. Deshalb machen weitere Verhandlungen mit den Vertretern dieser Landesregierung keinen Sinn mehr.

Auch wenn die Kritikpunkte der derzeitigen Hessischen Landesregierung nicht unbedingt sachgerecht erscheinen, sollten sie bewertet und dem Kreistag zur Kenntnis gegeben werden.

Die Region Kassel wird nur mit der Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger gelingen, deshalb ist eine repräsentative Bürgerbeteiligung notwendig.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Gottschalck
SPD

Weinert
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Anlage/n:

2013/0776 Anlage 1

Anlagenbeschreibung

Anlage 1

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 17.05.2013